



Regierungsratsbeschluss vom 27. Juni 2017

Entwürfe der Ausführungserlasse zum totalrevidierten Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs; Vernehmlassung

P170509

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Entwurf zu einer Vernehmlassungsantwort ans EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat nimmt zu den Ausführungserlassen zum totalrevidierten Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs Stellung und äussert sich zu einzelnen Bestimmungen. Er kritisiert ausdrücklich die in der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen (GebV-ÜPF) vorgesehene massive Erhöhung der von den Strafverfolgungsbehörden zu tragenden Kosten für technische Überwachungen.

